

6.10 Koalitionsvereinbarungen und Koalitionsausschüsse

Stand: 8.12.2021

Koalitionsvereinbarungen

Koalitionspartner treffen in Vorbereitung der Bildung einer Regierungskoalition Vereinbarungen, in denen die Bedingungen ihrer zukünftigen Zusammenarbeit festgelegt werden. Solche Koalitionsvereinbarungen enthalten die personellen und sachlichen Bedingungen der Parteien bzw. Fraktionen, unter denen die Koalitionspartner bereit sind zur Regierungsbildung sowie zur parlamentarischen Unterstützung dieser gemeinsam getragenen Regierung. Vereinbarungsformen können sein:

- mündliche Absprachen zwischen Verhandlungsdelegationen, die eventuell nachträglicher Bestätigung durch die betroffenen Fraktionen bedürfen,
- Gedächtnisprotokolle, die zu den eigenen Akten genommen oder ausgetauscht werden,
- Briefwechsel oder
- vertragsähnliche Dokumente mit oder ohne Unterzeichnung.

12. Wahlperiode (1990–1994)

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 16.1.1991
„Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen“¹
<p>Detaillierte Koalitionsvereinbarungen:</p> <p>I. Wirtschaftspolitik</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für eine weitere gesunde Wirtschaftsentwicklung 2. Mittelstandspolitik 3. Deregulierung 4. Arbeitsrecht und Arbeitsschutz 5. Energiepolitik <ul style="list-style-type: none"> – Klimaschutz – Kohle – Kernenergie – Erdgas – Energiewirtschaftsgesetz 6. Regionalpolitik 7. Neue Bundesländer 8. Außenwirtschaftspolitik 9. Fortsetzung des Handels mit den bisherigen RGW-Staaten 10. Fortführung des außenwirtschaftlichen Instrumentariums 11. Erfassung der wirtschaftlich relevanten Umweltdaten <p>II. Finanzpolitik</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eckwerte des Bundeshaushalts 2. Verteidigung 3. Abbau von Preisstützungen im Beitrittsgebiet 4. Abbau der Berlin- und Zonenrandförderung

¹ Quelle: Gudrun Heinrich, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26. 1995, S. 193-204, besonders S. 200 f.

5. Abbau von Steuervergünstigungen und Finanzhilfen
6. Umlenkung von Investitionen in das Beitrittsgebiet
7. Umsatzsteuerneuverteilung
8. Strukturhilfegesetz
9. Kraftfahrzeugsteuer für Lkw
10. Ausbildungsverkehr
11. Bundeshilfe für Berlin
12. Privatisierung
 - Treuhandanstalt
 - Unmittelbare Bundesbeteiligung
 - Sondervermögen
 - Liegenschaften
13. Private Infrastrukturfinanzierung
14. Postablieferung
15. Beiträge Arbeitslosen- und Rentenversicherung mit Solidaritätsbeitrag für Beamte, Soldaten und Pensionäre

III. Steuerpolitik

IV. Innen- und Rechtspolitik

- Änderungen oder Ergänzungen des Grundgesetzes
- Asylrecht
- Aussiedler/Kriegsfolgengesetze
- Ausgleichsleistungen für Enteignungen im Gebiet der ehemaligen DDR
 - Enteignungen zwischen 1945 und 1949
 - Enteignungen nach 1949
- Rehabilitierungsgesetz
- Gesetzliche Regelung der Stasi-Akten sowie der SED-Akten
 - Stasi-Akten
 - Akten der SED und der Massenorganisationen
- Staatsangehörigkeitsrecht
- Organisierte Kriminalität
 - Änderungen des StGB
 - Änderungen der StPO
- Bundesgrenzschutz
- Gemeinsames Sicherheitsprogramm Bund – Länder
- Überprüfung des PKK-Gesetzes
- Nachrichtendienste
- Kultur
- Öffentlicher Dienst
- Datenschutz
- Verfahrensverkürzung bei großen Investitionsvorhaben
- Verbesserung der Rechtsstellung nichtehelicher Kinder
- Reform des Insolvenzrechts
- Rechtspflegeministerium
- Rechtsanwalts- und Notarrecht
- Entlastung der Gerichte
- Bekämpfung der Umweltkriminalität
- § 175 StGB

V. Sozialpolitik

- Arbeitsmarkt
- Europa
- Arbeitsrecht und Arbeitsschutz
- Rentenversicherung
- Gesundheit
- Krankenversicherung
- Rehabilitation
- Einkommen und Transferleistungen
- Pflegesicherung

VI. Familien- und Frauenpolitik

- Familienlastenausgleich
- Sozial flankierende Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Hilfen im Schwangerschaftskonflikt und zur Förderung einer kinderfreundlicheren Umwelt (Bezug: Einigungsvertrag Art. 31, Abs. 4)
- Frauenpolitik

VII. Wohnungsbaupolitik

- Baulandmobilisierung
- Mietrecht in den wohnungspolitischen Brennpunkten
- Maklerprovision
- Sachkundenachweis
- Sozialer Wohnungsbau
- Fehlbelegungsabgabe
- Wohneigentumsförderung
- Mietwohnungsbau
- Wohnungsprivatisierung in den neuen Bundesländern
- Fortführung von § 82 EStDV in den neuen Bundesländern
- Städtebauförderung
- Mietrecht in den neuen Bundesländern

VIII. Agrarpolitik

IX. Bildungspolitik

1. Berufliche Aus- und Weiterbildung
2. Innere Differenzierung und Begabtenförderung in der Berufsausbildung
3. Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten
4. Verbesserung der Meister-Fortbildung
5. Programm “Berufliche Bildung“ für die fünf neuen Länder
6. Hochschulpolitische Zielsetzungen
7. Verkürzung/Begrenzung von Ausbildungszeiten
8. Europäische Zusammenarbeit in Bildung und Wissenschaft

X. Forschungs- und Technologiepolitik

1. Schneller Brüter SNR 300 in Kalkar
2. Weltraum
3. TRANSRAPID

XI. Verkehrspolitik

1. Umweltgerechte Gestaltung des Verkehrssystems und Ausbau der Verkehrswege
2. Anpassung der nationalen Marktordnung
3. Strukturreform der Eisenbahn
4. Zusammenarbeit der Verkehrsträger
5. Verkehrssicherheit
6. Organisationsprivatisierung der Flugsicherung
7. Autobahnnebenbetriebe in den neuen Bundesländern
8. Verkehrsverfassung
9. Novellierung GVFG
10. Kfz-Steuer für LKW
11. Ausbildungsverkehr
12. Verfahrensverkürzung bei großen Investitionsvorhaben

XII. Umweltpolitik

- Allgemeines
- Vorhaben in den einzelnen Bereichen
- A. Verantwortung des Produzenten und Konsumenten für den gesamten Lebenszyklus von Produkten
- B. Natur und Landschaft
- C. Umwelt und Energie
- D. Umwelt und Verkehr
- E. Reaktorsicherheit, Strahlenschutz, nukleare Ver- und Entsorgung
- F. Weiterentwicklung der Anlagensicherheit

- G. Lärmbekämpfung
- H. Gewässerschutz
- I. Internationale Aktionsprogramme für europäische Ökosysteme
- J. Anreize für den Einsatz von Privatkapital
- K. Umweltinformation
- L. Rechtliche Stärkung des Umweltschutzes
- M. Ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Bundesländern
- N. West/Ost-Zusammenarbeit
- O. Globale Umweltverantwortung

Anlage zum Thema XII. Umweltpolitik

- Nationale Solidaritätsaktion „Ökologischer Aufbau“

13. Wahlperiode (1994–1998)

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 11.11.1994	
„Das vereinte Deutschland zukunftsfähig machen“²	
Präambel	
I.	Staat schlanker machen – Bürokratie abbauen
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verwaltung straffen 2. Verfahren vereinfachen 3. Rechtsschutz konzentrieren
II.	Staatsfinanzen sichern – Steuerreform fortsetzen
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Haushaltskonsolidierung fortsetzen 2. Solidaritätszuschlag 3. Steuerreform fortsetzen 4. Existenzminimum steuerlich freistellen 5. Sonstige Änderungen im Steuersystem
III.	Wirtschaft modernisieren – Arbeitsplätze schaffen – Mittelstand stärken
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Neue Beschäftigungsfelder erschließen und technologische Erneuerung nutzen <ul style="list-style-type: none"> – Private Haushalte als Arbeitgeber gewinnen – Fortsetzung Teilzeittoffensive – Lohnzusatzkosten senken 2. Märkte beleben – Deregulierung vorantreiben 3. Stärkung des Mittelstandes 4. Die Förderung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern fortentwickeln 5. Überprüfung der Rentenüberleitung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme in den neuen Ländern 6. Ausbau moderner Kommunikationswege 7. Schaffung einer zukunftsgerechten Verkehrsinfrastruktur 8. Arbeitsmarktpolitik 9. Neue Initiative zur Vermögensbildung 10. Energiepolitik 11. Deutsche Position in der Weltwirtschaft ausbauen 12. Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärken – Umwelt und Natur bewahren <ul style="list-style-type: none"> – Verlässliche Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft – Lösung der Währungsprobleme unverzichtbar – Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – Marktausgleich bei Milch mit Garantiemengen – Verbesserung beim Tierschutz
IV.	Familie stärken – Sozialstaat durch Umbau festigen – preiswerte Wohnungen schaffen
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Durchleuchtung des Sozialsystems 2. Verbesserung des Familienausgleichs 3. Mehr preiswerte Wohnungen schaffen 4. Fortsetzung der Gesundheitsreform 5. Bereitschaft zur Organspende wecken 6. Behinderte stärker integrieren 7. Betriebliche Altersvorsorge und berufsständische Versorgung 8. Erhöhung von Anreizen zur Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit 9. Politik für Frauen verstärken
V.	Offensive für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
	<ol style="list-style-type: none"> 1. Strukturreform im Hochschulbereich, Hochschulbau und Förderung der Wissenschaft

²Siehe auch: *Gudrun Heinrich*, Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung auf Bundesebene 1994 im Spiegel der Presse. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jg. 26. 1995, S. 193-204, besonders S. 200 f.

	<ol style="list-style-type: none">2. Stärkung des Berufsbildungssystems3. Forschungs- und Technologieschub4. Kultur fördern
VI.	Ökologie und Marktwirtschaft Umwelt schützen – technischen Fortschritt und Wettbewerb für die Umwelt nutzen <ol style="list-style-type: none">1. Marktwirtschaftliche Reize im Umweltschutz2. Ordnungsrahmen für eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik3. Nutzung des technischen Fortschritts
VII.	Starker Rechtsstaat Erhalt des inneren Friedens – Bürgerrechte – Bürgersicherheit <ol style="list-style-type: none">1. Kriminalität bekämpfen2. Drogenpolitik3. Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht4. Zivil- und Katastrophenschutz5. Öffentliches Dienstrecht6. Familienrecht
VIII.	Europa- und Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung <ol style="list-style-type: none">A. Leitlinien der EuropapolitikB. Europäische Sicherheit, insbesondere NATO-ErweiterungC. BundeswehrD. Entwicklungspolitik

14. Wahlperiode (1998–2002)

Koalitionsvertrag zwischen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 20.10.1998	
„Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“³	
Präambel	
I.	Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der Wirtschaft
1.	Ziele und Grundsätze der Wirtschafts- und Finanzpolitik <ul style="list-style-type: none"> – Abbau der Arbeitslosigkeit – Sanierung der Staatsfinanzen
2.	Bündnis für Arbeit und Ausbildung
3.	Offensive zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
4.	Neue Wirtschaftspolitik für mehr Arbeitsplätze
5.	Mittelstand, Handwerk und Existenzgründungen stärken
6.	Faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt
7.	Aktive Arbeitsmarktpolitik: Arbeit statt Arbeitslosigkeit
8.	Tarifautonomie bewahren – Arbeitnehmerrechte sichern – Mitbestimmung stärken
II.	Deutsche Einheit vollenden
III.	Gerechte Steuern, ökologische Steuer- und Abgabenreform
1.	Große Steuerreform
2.	Weitere Grundsätze und Perspektiven der Steuer- und Finanzpolitik
3.	Senkung der Lohnnebenkosten durch eine ökologische Steuer- und Abgabenreform
IV.	Ökologische Modernisierung
1.	Die ökologische Modernisierung für Arbeit und Umwelt
2.	Umweltschutz: wirksam, effizient und demokratisch
3.	Moderne Energiepolitik <ul style="list-style-type: none"> – Zukunftsfähige Energieversorgung sicherstellen – Ausstieg aus der Atomenergie
4.	Effiziente und umweltgerechte Verkehrspolitik
5.	Ländliche Räume stärken – Landwirtschaft sichern
V.	Innovation und Bildung
1.	Aufbruch für Innovation und Qualifikation
2.	Bildung, Forschung und Wissenschaft stärken
3.	Informations- und Kommunikationspolitik
VI.	Soziale Sicherheit und Modernisierung des Sozialstaates
1.	Ziele und Grundsätze
2.	Reform der Alterssicherung
3.	Leistungsfähiges und bezahlbares Gesundheitssystem für alle
4.	Neue Wege bei der Drogen- und Suchtbekämpfung
5.	Bekämpfung der Armut – Arbeit statt Sozialhilfe
6.	Rechte von Menschen mit Behinderung stärken
7.	Pflegeversicherung stabilisieren
8.	Bezahlbare Wohnungen und lebenswerte Städte
9.	Bürgerengagement anerkennen und unterstützen
VII.	Solidarische Politik für alle Generationen
1.	Jugend braucht Zukunft – Ausbildung für alle
2.	Politik für ältere Menschen
3.	Sichere Zukunft für die Familien
VIII.	Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik

³Siehe auch: *Kristin Bergmann*, Regierungsbildung 1998. Dokumentation der Koalitionsverhandlungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. Jg. 30, 1999, S. 316–325 (hier: S. 322–324)

- IX. Sicherheit für alle – Bürgerrechte stärken
 - 1. Innere Sicherheit
 - 2. Schutz der Schwachen durch Recht
 - 3. Rehabilitation und Entschädigung
 - 4. Bündnis für Demokratie und Toleranz
 - 5. Parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste
 - 6. EU-Initiativen
 - 7. Integration
 - 8. Drogenbekämpfung
 - 9. Weitere Vorhaben zur Rechtspolitik
 - 10. Minderheitenrechte
 - 11. Moderner Staat
 - 12. Justizreform
 - 13. Beteiligungsrechte
 - 14. Sport
- X. Neue Offenheit von Politik und Kultur
- XI. Europäische Einigung, internationale Partnerschaft, Sicherheit und Frieden
 - 1. Ziele und Werte
 - 2. Europäische Einigung
 - 3. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik
 - 4. NATO/Atlantische Partnerschaft
 - 5. OSZE
 - 6. Abrüstung und Rüstungskontrolle
 - 7. Vereinte Nationen
 - 8. Menschenrechtspolitik
 - 9. Bundeswehr/Rüstungsexporte
 - 10. Gute Nachbarschaft und historische Verantwortung
 - 11. Entwicklungspolitik
 - 12. Dialog der Kulturen
- XII. Kooperation der Parteien
 - 1. Allgemeines
 - 2. Arbeit im Bundestag
 - 3. Arbeit im Kabinett
 - 4. Zuschnitt des Kabinetts
 - 5. Personelle Vereinbarungen

15. Wahlperiode (2002–2005)

Koalitionsvertrag zwischen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 16.10.2002	
„Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit. „Für ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland. Für eine lebendige Demokratie“.	
I.	Präambel
II.	<p>Mehr Beschäftigung, starke Wirtschaft und solide Finanzen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Arbeit (Arbeitsplätze schaffen – Arbeitslosigkeit bekämpfen; – Beschäftigung schaffen; Vermittlung in Arbeit stärken; kundenfreundliche und effiziente Strukturen in der Arbeitsmarktpolitik schaffen; Modernisierung der Arbeitswelt) – Wirtschaftspolitik (Politik für Wachstum und Beschäftigung; Mittelstandsinitiative; Bürokratieabbau und Modernisierung der Verwaltung; Außenwirtschaftsoffensive; Förderung von Zukunftstechnologien) – Finanzen und Steuern (notwendige Strukturreformen; gerechte Steuerpolitik; ökologische Finanzreform; Föderalismus reformieren)
III.	<p>Aufbau Ost</p> <ul style="list-style-type: none"> – Investitionen und Mittelstand fördern – Zukunftsinvestitionen in Ausbildung und Forschung – Infrastruktur und Kommunen; Arbeit und neue Qualifikation schaffen – Landwirtschaft, Natur und Tourismus; Gesundheitsversorgung – EU-Osterweiterung – Opfer des SED-Regimes
IV.	<p>Kinderfreundliches Land und bessere Bildung für alle</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kinder und Familien im Zentrum (mehr und bessere Betreuungseinrichtungen für Kinder; Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Familien) – Bildung und Ausbildung für morgen (Zukunft Bildung; Ausbildung für alle Jugendlichen und Qualität der beruflichen Ausbildung stärken; Qualitätsoffensive berufliche Weiterbildung; attraktive Hochschulen) – Forschung, Innovation, Nachhaltigkeit (Schlüsseltechnologien für neue Arbeitsplätze; Forschung für den Menschen; Forschung und Gesellschaft)
V.	<p>Ökologische Modernisierung und Verbraucherschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> – Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie; Öko-Effizienz – die Jobmaschine von morgen; Internationale Umweltpolitik; Klimaschutz; Fortsetzen der Energiewende; Ausstieg aus der Atomenergie; Effizienzsteigerung beim Umweltrecht; Moderne Abfallwirtschaft; Gewässer- und Naturschutz; Umwelt und Gesundheit; Bodenschutz; Chemikalienpolitik – Mobilität für das 21. Jahrhundert (Verkehrsinvestitionen; Innovationen für eine nachhaltige Mobilität der Zukunft; mehr Öffentlicher Verkehr, stärkere Schiene; Güterkraftverkehr; Belastung durch Verkehrslärm abbauen; Luftbelastung und CO₂-Emissionen verringern; mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Fahrradverkehr) – Konsequente Verbraucherpolitik – gesunde Lebensmittel – moderne Agrarpolitik (Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe; Verbraucherkompetenz stärken und Verbraucherschutz ausbauen; gesunde Ernährung und sichere Lebensmittel; grüne Gentechnik; Wahlfreiheit herstellen; Landwirtschaft und ländlichen Raum zukunftsfähig machen; Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in Europa; Nachhaltigkeit als globale Herausforderung; Tierschutz)
VI.	<p>Solidarische Politik und Erneuerung des Sozialstaats</p> <ul style="list-style-type: none"> – Sozialpolitik (Soziale Sicherung zukunftsfest machen; gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung stärken; fördern und fordern – Sozialhilfe modern gestalten; Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortsetzen) – Mehr Qualität und mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen (solidarische Finanzierung sichern – Beitragssätze stabilisieren; Wettbewerb verbessern –

	<p>effektiv steuern; Leistungen sichern – Qualität nachhaltig steigern; Patientensouveränität stärken – Transparenz erhöhen; Arbeit der Beschäftigten anerkennen und Belastungen vermindern; Sucht- und Drogenpolitik; humane Pflege)</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kinder und Jugendliche stärken und schützen – Politik für ältere Menschen – Lebenswerte Städte – sozialer Zusammenhalt (angemessener Wohnraum für alle; innovative Konzepte für unsere Städte; Bauen einfacher machen – die Baukultur in Deutschland stärken)
VII.	<p>Gleichstellung von Frauen und Männern</p> <ul style="list-style-type: none"> – Frauen in der Arbeitswelt – Frauen vor Gewalt schützen – Frauenrechte sind Menschenrechte – Gender Mainstreaming im Gesundheitsbereich und in der Verwaltung
VIII.	<p>Sicherheit, Toleranz und Demokratie</p> <ul style="list-style-type: none"> – Rechts- und Innenpolitik (Das Jahrzehnt der Integration; interreligiöser und interkultureller Dialog; Verstärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit; Modernisierung der Verwaltung und Reform des Föderalismus; Wirtschaftsrecht modernisieren; Innere Sicherheit; Bundesgrenzschutz: Polizei des Bundes; Sportförderung auf hohem Niveau halten; Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen ausbauen; demokratische Beteiligungsrechte und Datenschutz; Drogenpolitik; Modernisierung von Verfahren und Institutionen der Justiz; moderne Gesellschaftspolitik) – Bürgergesellschaft stärken (Zivildienst; Kultur- und Medienpolitik)
IX.	<p>Gerechte Globalisierung – Deutschland in Europa und in der Welt</p> <ul style="list-style-type: none"> – Außen- und Sicherheitspolitik (Stärkung und Reform der Vereinten Nationen und multilateraler Strukturen; transatlantische Beziehungen; NATO und NATO-Osterweiterung; Russland/Osteuropa; zivile Krisenprävention; Kampf gegen den Terrorismus; Menschenrechte; Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik; Bundeswehr und internationale Einsätze; Abrüstung und Rüstungskontrolle; Rüstungsexportkontrolle) – Europäischer Einigungsprozess (Erweiterung und Vertiefung; Europäische Außen- und Sicherheitspolitik; Stabilitätspakt Südosteuropa; Europäische Justiz- und Innenpolitik; das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell stärken; Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik; faire finanzielle Lastenverteilung für eine solidarische Union) – Globale Gerechtigkeit und Entwicklungszusammenarbeit (Weltwirtschaftsordnung; Entwicklungspolitik; Ausfuhrergewährleistungen des Bundes (HERMES); Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Gemeinden und Kommunen)
X.	<p>Kooperation der Parteien</p> <ul style="list-style-type: none"> – Allgemeines – Arbeit im Bundestag – Arbeit im Kabinett – Zuschnitt des Kabinetts – Personelle Vereinbarungen

16. Wahlperiode (2005–2009)

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005	
„Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“	
A Präambel	
B Handlungsfelder	
I. Mehr Chancen für Innovation und Arbeit, Wohlstand und Teilhabe	
1. Wirtschaft und Technologie	<ul style="list-style-type: none"> – Wirtschaftspolitische Strategie: neues Wachstum, mehr Beschäftigung – Wiederbelebung der Investitionstätigkeit – Verbesserte Mittelstandsfinanzierung – Existenzgründungsoffensive: Mehr Mut zur Selbständigkeit – Mehr Mittel für Forschung und Entwicklung – Mobilisieren von Wagniskapital für Innovationen – Clusterbildung und hochinnovative Leuchtturmprojekte – Günstigere Bedingungen für Handwerk und Mittelstand – Aktive Außenwirtschaftspolitik – Wettbewerbsfähiges Europa
2. Arbeitsmarkt	<ul style="list-style-type: none"> – Senkung von Lohnzusatzkosten – Vorfahrt für junge Menschen – Impulse für mehr Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – Mehr Beschäftigung für gering qualifizierte Menschen – Einführung eines Kombi-Lohn-Modells prüfen – Aktive Arbeitsmarktpolitik – Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) – Reformen im Arbeitsrecht <ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsschutz weiterentwickeln • Entsendegesetz erweitern • Umsetzung der EU-Arbeitsrichtlinie • Unternehmensmitbestimmung sichern und gestalten – Maßnahmen gegen illegale Beschäftigung, Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft – Saisonarbeit – Europäische Sozialpolitik
3. Bildung und Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> – Bildung ist der Schlüssel der Zukunft – Chancengleichheit in der Bildung: bessere Betreuung, frühe und individuelle Förderung – Die duale Berufsausbildung stärken – Ausbildungschancen für jeden jungen Menschen – Mehr Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen – Lebenslanges Lernen: Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung – Wachstumspotential der Weiterbildung nutzen – Hochschulen international wettbewerbsfähig machen – Sonstige forschungs- und bildungsrelevante Rahmenbedingungen
4. Forschung und Hochschule	<ul style="list-style-type: none"> – FuE-Ausgaben: In die Zukunft investieren – Innovationspolitik aus einem Guss – innovationsfreundliche Rahmenbedingungen gewährleisten – Schwerpunkte bei den Spitzentechnologien und der Projektförderung – Stärkung des Forschungsstandortes Deutschland – Technologische Leistungsfähigkeit stärken, Technologietransfer verbessern und Forschung in der Wirtschaft anregen – Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in den neuen Ländern

- Ressortforschung des Bundes evaluieren
- Deutsche Wissenschaft mit weltweiter Strahlkraft
- Freude am Können vermitteln – eine neue Innovationskultur entwickeln
- 5. Energie
 - Energiepreisanstieg begrenzen, Wettbewerb entfachen
 - Erneuerbare Energien
 - Biokraftstoffe und nachwachsende Rohstoffe
 - Energieeffizienz
 - Innovationsinitiative „Energie für Deutschland“
- 6. Infrastruktur – Verkehr, Bau, Wohnen
 - Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig ausbauen, Investitionen verstetigen
 - Verkehrswegeplanung vereinfachen und beschleunigen
 - Bahnreform fortführen
 - Maritimen Standort und Binnenschifffahrt stärken
 - Alternative Kraftstoffe und Antriebe fördern, Lärmschutz und Luftqualität verbessern
 - Verkehrssicherheit
 - Stadtentwicklung als Zukunftsaufgabe
 - Bauwesen und Bauwirtschaft als Schlüsselbranche
 - Energetisches Bauen als Beitrag zum Klimaschutz
 - Wohnungswesen
- 7. Umwelt
 - Klimaschutz und Energie – eine Strategie, ein Programm
 - Emissionshandel
 - Neuordnung des Umweltrechts
 - Nationales Naturerbe
 - Verkehr und Immissionsschutz
 - Abfall, Wasser
 - Nachhaltige Entwicklung
- 8. Landwirtschaft
 - Den ländlichen Raum und den Agrarstandort Deutschland stärken
 - Rahmenbedingungen der EU-Agrarpolitik verlässlich gestalten
 - WTO-Verhandlungen auch im Agrarhandel zu einem erfolgreichen Abschluss bringen
 - Agrarsoziale Sicherung zukunftsfest gestalten
 - Nutzung der nachwachsenden Rohstoffe ausbauen
 - Aktive Tierschutzpolitik
 - Eine nachhaltige Wald- und Fischereiwirtschaft
 - Agrarforschung stärker vernetzen
 - Grüne Gentechnik verantwortlich nutzen
- 9. Bürokratieabbau
 - Entlastung der freien Bürger und der Wirtschaft von Bürokratiekosten
 - Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung
- II. Staatsfinanzen nachhaltig konsolidieren – Steuersystem zukunftsorientiert reformieren
 - 1. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung
 - Ausgangslage
 - Konsolidierungsziele
 - Konsolidierungsgrundsätze
 - Konsolidierungsmaßnahmen
 - 2. Zukunftsorientierte Reformen im Steuerrecht
 - Reform der Unternehmensbesteuerung
 - Solide Basis für Kommunalfinanzen
 - Reform der Einkommenssteuer – Priorität Steuervereinfachung
 - Eigenheimzulage
 - Erbschaftssteuer
 - Förderung der deutschen Filmwirtschaft
 - Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs
 - Steuerpolitik in Europa
 - Energiesteuern

3. Finanzmarkt
- III. Aufbau Ost voran bringen
 1. Allgemeine Grundsätze, Sicherung und Konkretisierung des Solidarpaktes II
 2. Unternehmens- und Innovationsstandort Ost stärken
 - Weiterentwicklung der Förderpolitik
 - Verlängerung der Investitionszulage
 - Fortsetzung der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
 - Förderung von Mittelstand und Existenzgründern
 - Förderung von Wissenschaft und Innovation
 - Ausbau von Hochschul- und Forschungsstandorten
 - Verstärkung der Investorenwerbung
 3. Unterstützung des Aufbau Ost durch die EU sichern
 4. Arbeitsmarkt und Aufbau Ost
 5. Ausbildung und Politik für die Jugend
 6. Demographischer Wandel/Gesundheit/Ländlicher Raum
 - Demographischer Wandel und Zivilgesellschaft
 - Sicherung der Gesundheitsversorgung
 - Ländliche Räume in den neuen Ländern
 7. Kulturförderung
 8. Infrastrukturausbau – Stadtumbau Ost, VDE und BBI
 9. Förderung Sport
 10. Ansiedlung neuer Bundeseinrichtungen
 11. Unterstützung für Opfer der SED-Diktatur
 12. Begrenzung der Lasten aus den Sonder- und Zusatzrenten der ehemaligen DDR
 13. Planungsbeschleunigung und Entbürokratisierung
- IV. Soziale Sicherheit verlässlich und gerecht gestalten
 1. Rente
 2. Moderne Unfallversicherung
 3. Sozialer Schutz für Künstler
 4. Verlässliche Sozialhilfe
 5. Gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung
 6. Armuts- und Reichtumsberichterstattung
 7. Gesundheit
 - Allgemeine Fragen der Gesundheitspolitik
 - Krankenversicherung
 - Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung
 - Wettbewerbliche und freiheitliche Ausrichtung des Gesundheitswesens
 - Strukturelle Reform der einzelnen Leistungsbereiche
 - Sicherstellung laufender Vorhaben
 8. Pflegeversicherung
 - Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung
 - Verbesserungen auf der Leistungsseite
- V. Handlungsfähigkeit des Staates verbessern
 1. Föderalismusreform – Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung
 2. Moderner Staat – effiziente Verwaltung
- VI. Familienfreundliche Gesellschaft
 1. Bessere Infrastruktur für Familien
 2. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen
 3. Finanzielle Förderung
 4. Kindschaftsrecht
 5. Gleichstellungs- und Frauenpolitik
 - Gleiche Chancen am Arbeitsmarkt
 - Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
 - Rechtliche Absicherung der anonymen Geburt
 - Spätabtreibungen
 6. Jugend
 - Bessere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
 - Chancengleichheit in der Bildung

- Aufwachsen ohne Gewalt
- Chancen für benachteiligte Jugendliche
- Jugend für Toleranz und Demokratie
- Kinder- und Jugendhilfe
- 7. Senioren
 - Potentiale des Alters erkennen und nutzen
 - Hilfe für Ältere gewährleisten
- 8. Bürgergesellschaft stärken
 - Verbesserung der rechtlichen Grundlagen bürgerschaftlichen Engagements
 - Freiwilligendienste

VII. Lebenswertes Deutschland

1. Verbraucherpolitik
 - Die Position der Verbraucher stärken
 - Lebensmittelsicherheit hat Priorität
 - Gesunde Ernährung und Bewegung
2. Kultur
3. Sport: Deutschland – Sportland

VIII. Sicherheit für die Bürger

1. Innenpolitik: Deutschland – ein sicheres und freies Land
 - Sicherheit organisieren
 - Migration steuern – Integration fördern
 - Interkulturelle Lernkompetenz in der Jugendhilfe stärken
 - Gleichstellung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund
 - Europäische Zusammenarbeit
2. Rechtspolitik
 - Die Menschen haben ein Recht auf Freiheit und Sicherheit
 - Rechtspolitik für eine soziale Marktwirtschaft
 - Für Selbstbestimmung und Toleranz
 - Eine moderne Justiz für Rechtsstaatlichkeit und Bürgernähe

IX. Deutschland als verantwortungsbewusster Partner in Europa und der Welt

1. Europa
 - Europa der Bürgerinnen und Bürger
 - Finanzrahmen
 - Erweiterung
2. Transatlantische Zusammenarbeit und europäische Sicherheitspolitik
3. Die Bundeswehr als Instrument nationaler und internationaler Sicherheit
4. Stabilität, Sicherheit und Kooperation in Europa und in der Welt
5. Vereinte Nationen
6. Globale Fragen
7. Entwicklungspolitik

C Arbeitsweise der Koalition

- I. Kooperation der Parteien
- II. Kooperation der Fraktionen
- III. Bundesregierung
 1. Arbeit im Kabinett
 2. Zuschnitt des Kabinetts
 3. Ressortverteilung

Anlage 1: Erste inhaltliche Vereinbarung vom 10.10.2005

Anlage 2: Ergebnis der Koalitionsarbeitsgruppe zur Föderalismusreform

17. Wahlperiode (2009–2013)

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26.10.2009	
„Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“	
Präambel	
I. Wohlstand für Alle. Durch nachhaltiges Wirtschaften	
1. Wachstum und Aufschwung	<ul style="list-style-type: none"> – Motivation und Entlastung – Der Weg aus der Krise – Investitionsbremsen lösen
2. Generationengerechte Finanzen	
3. Arbeitschancen für alle	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitsmarkt – Verantwortung für das Unternehmen, Partnerschaft im Betrieb – Ältere Arbeitnehmer
4. Nachhaltiges Wirtschaften und Klimaschutz	<ul style="list-style-type: none"> – Mittelstand – Klimaschutz, Energie und Umwelt – Neue Technologien, Industrieland Deutschland – Moderne Infrastruktur – Mobilität – Bauen und Wohnen – Ernährung und Verbraucherschutz – Landwirtschaft und ländlicher Raum – Dienstleistungen
5. Faire Regeln für die Weltwirtschaft	
6. Deutsche Einheit	
II. Bildungsrepublik Deutschland. Durch gute Bildung und starke Forschung	
1. Bildung	<ul style="list-style-type: none"> – Bildungsbündnisse vor Ort – Sprache als Schlüssel für den Bildungsaufstieg – Bildungsfinanzierung – Qualität für Bildung und Erziehung – Qualität für Studium und Hochschule – Modernes Berufsbildungssystem – Duales System – Ausbildung für alle – Lebensbegleitendes Lernen
2. Wissenschaft und Forschung	
III. Sozialer Fortschritt. Durch Zusammenhalt und Solidarität	
1. Ehe, Familie und Kinder	
2. Jugendliche	
3. Senioren	
4. Gleichstellung	
5. Integration und Zuwanderung	
6. Ehrenamt	
7. Soziale Hilfe und Sozialversicherungen	<ul style="list-style-type: none"> – Arbeitslosenversicherung und Bundesagentur für Arbeit – Grundsicherung – Weitere Sozialversicherungen – Menschen mit Behinderungen
8. Rente	
9. Gesundheit und Pflege	<ul style="list-style-type: none"> – Gesundheit

– Pflege

10. Religion, Geschichte und Kultur; Sport

IV. Freiheit und Sicherheit. Durch Bürgerrechte und starken Staat

1. Innere Sicherheit und Bürgerrechte
2. Informations- und Mediengesellschaft
3. Datenschutz
4. Rechtspolitik
5. Moderner Staat

V. Sicherer Frieden. Durch Partnerschaft und Verantwortung in Europa und der Welt

1. Deutschland in Europa
2. Wertegebundene und interessenorientierte Außenpolitik
3. Deutschland in internationaler Verantwortung
4. Internationale Einsätze und Instrumente deutscher Sicherheitspolitik
5. Leistungsstarke und moderne Bundeswehr
6. Menschenrechte schützen – Rechtsstaatlichkeit fördern
7. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
8. Entwicklungszusammenarbeit

VI. Arbeitsweise der Koalition

1. Kooperation der Parteien
2. Kooperation der Fraktionen
3. Bundesregierung
4. Arbeit im Kabinett
5. Ressortverteilung

18. Wahlperiode (2013–2017)

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 16.12.2013
„Deutschlands Zukunft gestalten“
<p>Präambel</p> <p>1. Wachstum, Innovation und Wohlstand</p> <p>1.1. Deutschlands Wirtschaft stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> – Unsere Strategie für nachhaltigen Fortschritt – Europäische Wirtschaftspolitik – Außenwirtschaft – Wettbewerbsrecht – Transparenz bei Managergehältern – Rohstoffsicherung – Industrie – Mittelstand, Handwerk, Handel und Freie Berufe – Existenzgründer und Wachstumsfinanzierung – Regionale Strukturpolitik – Deutsche Einheit stärken – Kultur- und Kreativwirtschaft – Tourismus – Unternehmensnachfolge – Rechtsrahmen – Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung <p>1.2. In Deutschlands Zukunft investieren: Bildung und Forschung</p> <ul style="list-style-type: none"> – Hochschulen – Allgemeine Bildung – Berufliche Bildung – Forschung – Fachkräftesicherung – Teilhabe von Zuwanderern stärken <p>1.3. In Deutschlands Zukunft investieren: Infrastruktur</p> <ul style="list-style-type: none"> – Verkehr – Digitale Infrastruktur <p>1.4. Die Energiewende zum Erfolg führen</p> <ul style="list-style-type: none"> – Energiewende und Klimaschutz erfolgreich gestalten – Effizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende – Ausbau der erneuerbaren Energien – Strommarktdesign – Neue Rolle für konventionelle Kraftwerke – Gliederung – Speicher – Netze – Ausstieg aus der Kernenergie – Energiewende gut umsetzen – Dialog und Beteiligung <p>1.5. Regeln für die Finanzmärkte</p> <p>2. Vollbeschäftigung, gute Arbeit und soziale Sicherheit</p> <p>2.1. Beschäftigungschancen verbessern</p> <ul style="list-style-type: none"> – Aktive Arbeitsmarktpolitik <p>2.2. Gute Arbeit</p> <ul style="list-style-type: none"> – Modernes Arbeitsrecht – Ganzheitlicher Arbeitsschutz <p>2.3. Soziale Sicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> – Für soziale Sicherheit im Alter – Selbstverwaltung und Entschädigung – Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern

- 2.4. Gesundheit und Pflege
 - Ambulante Gesundheitsversorgung
 - Krankenhausversorgung
 - Arzneimittel, Gesundheitsberufe und Prävention
 - Finanzierung und Risikostrukturausgleich
 - Pflege
- 3. Solide Finanzen
 - Solide Staatsfinanzen – nachhaltig und generationengerecht
 - Handlungsfähig im Bund, in Ländern und Kommunen
- 4. Zusammenhalt der Gesellschaft
 - 4.1. Miteinander stärken und Chancengleichheit verbessern
 - Bevölkerungswandel gestalten
 - Familie stärken
 - Gleichstellung sicherstellen
 - Selbstbestimmtes Älterwerden
 - Sexuelle Identität respektieren
 - Integration und Zuwanderung gestalten
 - Menschen mit und ohne Behinderung
 - Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste
 - Kirchen und Religionsgemeinschaften
 - Aussiedler, Heimatvertriebene und nationale Minderheiten
 - 4.2. Lebensqualität in der Stadt und auf dem Land
 - Gutes und bezahlbares Wohnen
 - Stadt- und Regionalentwicklung
 - Umwelt
 - Landwirtschaft und ländlicher Raum
 - Verbraucherschutz
 - 4.3. Kultur, Medien und Sport
 - Kultur
 - Medien
 - Digitale Medien
 - Sport
 - 4.4. Digitale Agenda für Deutschland
 - Digitales Wachstumsland Nr. 1 in Europa
 - Digitale Bildung und Forschung – gerecht und innovativ
 - Digitales Leben und Arbeiten – Chancen und Rechte stärken
- 5. Moderner Staat, innere Sicherheit und Bürgerrechte
 - 5.1. Freiheit und Sicherheit
 - Konsequenzen aus den Erkenntnissen des NSU- Untersuchungsausschusses
 - Kriminalität und Terrorismus
 - Digitale Sicherheit und Datenschutz
 - Konsequenzen aus der NSA-Affäre
 - Zivilschutz und Schutz kritischer Infrastrukturen
 - Bundespolizei und Schutz unserer Grenzen
 - Umgang mit SED-Unrecht
 - 5.2. Moderner Staat, lebendige Demokratie und Bürgerbeteiligung
 - Wirksam und vorausschauend regieren
 - Bürgerbeteiligung
 - Transparenter Staat
 - Moderne Verwaltung
 - Öffentlicher Dienst
 - Moderne Justiz
 - Für Toleranz und Demokratie
- 6. Starkes Europa
 - Europapolitische Verantwortung Deutschlands

- Demokratisches Europa
 - Herausforderungen – Europas Weg aus der Krise
 - Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion
 - Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung
 - Soziale Dimension stärken, Beschäftigung schaffen, Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen
 - Europäische Außen- und Sicherheitspolitik
7. Verantwortung in der Welt
- Verlässlicher Partner in der Welt
 - Transatlantische Partnerschaft und NATO stärken
 - Offener Dialog und breitere Zusammenarbeit mit Russland
 - Neue Dynamik für Abrüstung und Rüstungskontrolle
 - Vereinte Nationen, globaler Dialog und strategische Partnerschaften
 - Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
 - Außen- und Sicherheitspolitik ressortübergreifend gestalten
 - Neuausrichtung der Bundeswehr
 - Schutz und Förderung der Menschenrechte
 - Humanitäre Hilfe
 - Wirtschaftliche Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung
8. Arbeitsweise der Koalition
- Kooperation der Parteien
 - Kooperation der Fraktionen
 - Rechte der Opposition
 - Arbeit in der Bundesregierung
 - Europapolitische Koordinierung
 - Ressortverteilung

19. Wahlperiode (2017–2021)

Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 12.3.2018	
„Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“	
Präambel	
I.	Ein neuer Aufbruch für Europa
II.	Eine neue Dynamik für Deutschland
III.	Familien und Kinder im Mittelpunkt <ol style="list-style-type: none"> 1. Familien 2. Kinder stärken – Kinderrechte ins Grundgesetz 3. Gleichberechtigung von Frauen und Männern 4. Bekämpfung von Gewalt gegenüber Frauen und ihren Kindern 5. Seniorinnen und Senioren
IV.	Offensive für Bildung, Forschung und Digitalisierung <ol style="list-style-type: none"> 1. Allgemeine Bildung und Schulen 2. Berufliche Bildung und Weiterbildung 3. Hochschulen und Wissenschaft 4. Forschung und Innovation 5. Digitalisierung
V.	Gute Arbeit, breite Entlastung und soziale Teilhabe sichern <ol style="list-style-type: none"> 1. Gute Arbeit 2. Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Steuern und Sozialabgaben
VI.	Erfolgreiche Wirtschaft für den Wohlstand von morgen <ol style="list-style-type: none"> 1. Wirtschaft 2. Finanzen und Steuern 3. Energie 4. Verkehr 5. Landwirtschaft und Ernährung
VII.	Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten <ol style="list-style-type: none"> 1. Rente 2. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen 3. Reform des Sozialen Entschädigungsrechts 4. Gesundheit und Pflege
VIII.	Zuwanderung steuern – Integration fördern und unterstützen <ol style="list-style-type: none"> 1. Flüchtlingspolitik 2. Erwerbsmigration 3. Gelingende Integration 4. Effizientere Verfahren
IX.	Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen <ol style="list-style-type: none"> 1. Wohnraumoffensive 2. Mieten 3. Stadtentwicklung und Baukultur 4. Innovation und Wirtschaftlichkeit beim Bauen 5. Heimat mit Zukunft 6. Lärmschutz und Bürgerbeteiligung 7. Personenbeförderungsrecht, ÖPNV und Mobilität im ländlichen Raum
X.	Ein handlungsfähiger und starker Staat für eine freie Gesellschaft <ol style="list-style-type: none"> 1. Pakt für den Rechtsstaat 2. Moderner Staat

	<ol style="list-style-type: none">3. Modernes Recht für eine moderne Gesellschaft4. Prävention5. Verbraucherschutz6. Sport
XI.	Verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen <ol style="list-style-type: none">1. Umwelt und Klima2. Raumordnung
XII.	Deutschlands Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit in der Welt <ol style="list-style-type: none">1. Europäische Außen- und Sicherheitspolitik2. Internationale und europäische Bündnisse und Partnerschaften3. Abrüstung und restriktive Rüstungsexportpolitik4. Bilaterale und regionale Zusammenarbeit in Europa und der Welt5. Außenwirtschaftspolitik sowie Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik6. Menschenrechte, Krisenprävention und humanitäre Hilfe7. Moderne Bundeswehr8. Entwicklungspolitik für eine gerechte Globalisierung
XIII.	Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben <ol style="list-style-type: none">1. Bürgerbeteiligung2. Kunst, Kultur und Medien
XIV.	Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen <ol style="list-style-type: none">1. Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen2. Kooperation der Parteien3. Kooperation der Fraktionen4. Arbeit in der Bundesregierung5. Europapolitische Koordinierung6. Evaluierung

20. Wahlperiode (2021–)

Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 7.12.2021	
„Mehr Fortschritt wagen Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“	
I.	Präambel
II.	Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen Moderner Staat und Demokratie Digitale Innovationen und digitale Infrastruktur Innovation, Wissenschaft, Hochschule und Forschung
III.	Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft Wirtschaft Umwelt- und Naturschutz Landwirtschaft und Ernährung Mobilität Klima, Energie, Transformation
IV.	Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt Arbeit Sozialstaat, Altersvorsorge, Grundsicherung Pflege und Gesundheit Bauen und Wohnen
V.	Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang Bildung und Chancen für alle Kinder, Jugend, Familien und Senioren
VI.	Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie Innere Sicherheit, Bürgerrechte, Justiz, Verbraucherschutz, Sport Gleichstellung Vielfalt Kultur- und Medienpolitik Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land
VII.	Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt Europa Integration, Migration, Flucht Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Menschenrechte
VIII.	Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Finanzen
IX.	Arbeitsweise der Regierung und Fraktionen

Koalitionsausschüsse

In dem Maße, in dem Koalitionsvereinbarungen einen schriftlich fixierten Charakter angenommen haben, ergab sich auch die Notwendigkeit, ein Gremium zu schaffen, das die Einhaltung der Absprachen garantieren und überwachen sollte. In der Bundesrepublik war erstmals nach dem Vorbild aus den Weimarer Jahren im Koalitionsvertrag von 1961 die Einsetzung eines „Koalitionsausschusses“ vorgesehen. Dieser ist ein dem Bundeskabinett und den jeweiligen Regierungsfractionen vorgeschaltetes Koordinationsgremium.

Seit der 12. Wahlperiode wurden in den Koalitionsverträgen folgende Vereinbarungen zu den Koalitionsausschüssen getroffen:

Wahlperiode	Vereinbarungen über einen Koalitionsausschuss
12. WP 1990–1994	Koalitionsausschuss nicht vorgesehen; Entwicklung der „Koalitionsrunde“ zu einem informellen Entscheidungsorgan mit umfassenden Kompetenzen; Einsetzung von „Koalitionsarbeitsgruppen“.
13. WP 1994–1998	Koalitionsausschuss offiziell nicht vorgesehen; Fortsetzung der seit 1982 entwickelten Praxis mit „Koalitionsrunde“ und „Koalitionsarbeitsgruppen“
14. WP 1998–2002	Koalitionsausschuss aus je acht Mitgliedern pro Koalitionspartner ist ausdrücklich vorgesehen, der Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung beraten und in Konfliktfällen Konsens herbeiführen soll
15. WP 2002–2005	Monatlich tagender Koalitionsausschuss aus je acht Mitgliedern pro Koalitionspartner ist ausdrücklich vorgesehen, der darüber hinaus Angelegenheiten von grundlegender Bedeutung beraten und in Konfliktfällen Konsens herbeiführen soll.
16. WP 2005–2009	Mindestens einmal pro Monat tagender Koalitionsausschuss, der die Arbeit in Parlament und Regierung zu Sach-, Personal-, und Verfahrensfragen abstimmt und Konsens herbeiführen soll. Mitglieder sind die Kanzlerin, der Vizekanzler, die Fraktionsvorsitzenden, der Landesgruppenchef der CSU, die Parteivorsitzenden und die Generalsekretäre der Koalitionsparteien.
17. WP 2009–2013	Die Koalitionspartner treffen sich regelmäßig zu Beginn einer jeden Sitzungswoche zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt er auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen, und führt in Konfliktfällen Konsens herbei. Ihm gehören an die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden, die Generalsekretäre, die 1. Parlamentarischen Geschäftsführer, der Chef des Bundeskanzleramtes, der Bundesfinanzminister und ein weiteres von der FDP zu benennendes Mitglied.
18. WP 2013–2017	Die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD werden ihre Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner treffen sich regelmäßig zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen, und führt in Konfliktfällen Konsens herbei. Die Koalitionsparteien werden sich einvernehmlich auf die Besetzung des Koalitionsausschusses verständigen.

Wahlperiode	Vereinbarungen über einen Koalitionsausschuss
19. WP 2017–2021	Die Koalitionspartner CDU, CSU und SPD werden ihre Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen. Die Koalitionspartner treffen sich im Konfliktfall und zur Lösung streitiger grundsätzlicher Probleme zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss. Darüber hinaus tritt der Koalitionsausschuss auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Er berät Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden müssen. Die Koalitionsparteien werden sich einvernehmlich auf die Besetzung des Koalitionsausschusses verständigen. Bei übergeordneten Personalfragen streben die Koalitionspartner eine insgesamt ausgewogene Lösung an, die beiden gerecht wird und eine faire Verteilung abbildet. Für Personalfragen nachgeordneter Behörden gilt das Ressortprinzip.
20. WP 2021–	Die Koalitionspartner SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP treffen sich monatlich zu Koalitionsgesprächen im Koalitionsausschuss, um grundsätzliche und aktuelle politische Fragen miteinander zu diskutieren und die weitere Arbeitsplanung miteinander abzustimmen. Darüber hinaus treffen sie sich zu allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, die zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt werden sowie zu Angelegenheiten, deren Beratung einer der Koalitionspartner wünscht. Der Koalitionsausschuss bereitet die Leitlinien der Arbeit der Koalition vor. Der Koalitionsausschuss besteht aus ständigen Vertreterinnen und Vertretern der drei Koalitionspartner, darunter die Parteivorsitzenden, der Bundeskanzler und die Spitzen der Regierung, der Chef des Bundeskanzleramtes sowie die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag. Sitzungen des Koalitionsausschusses werden gemeinsam vorbereitet.

Angaben für den Zeitraum bis 1900 s. **Datenhandbuch 1949 – 1999**, Kapitel 6.10.